

An den  
Vorsitzenden des  
Rates

Rathaus · 50667 Köln  
Fon 0221. 221-23830  
Fax 0221. 221-23833  
FDP-Fraktion@Stadt-Koeln.de  
www.FDP-Koeln.de

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 13.05.2008

**AN/0999/2008**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	29.05.2008

Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus

Sehr geehrte/r Ausschussvorsitzende/r,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen.

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Informations- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus wahlweise bei der Schulverwaltung oder beim Jugendamt einzurichten. Die Verwaltung soll unter Berücksichtigung folgender Maßnahmen ein Umsetzungskonzept erstellen und dem Rat zur abschließendem Beschlussfassung zuleiten.

1. Schwerpunkt der o. a. Stelle soll die Präventionsarbeit gegenüber Kindern und Jugendlichen und in diesem Rahmen insbesondere die Unterstützung von Schulen, Jugendeinrichtungen und die Bereitstellung von Bildungs- und Informationsangeboten sein.
2. Weitere Aufgaben der o. a. Stelle sollen die Unterstützung und der Aufbau eines Netzwerkes von Einrichtungen und Initiativen sein, das sich mit Aufklärungsaktivitäten gegen Linksextremismus und mit der Förderung demokratischen Bewusstseins beschäftigt.
3. Die o. a. Stelle für Informations- und Bildungsarbeit soll wahlweise bei der Schulverwaltung oder beim Jugendamt angesiedelt sein und mit einer Personalstelle EG 13 / A13 ausgestattet werden.
4. Die Verwaltung soll Vorschläge unterbreiten, welche Organisationsstrukturen und Kommunikationsformen zur Begleitung der Arbeit der Infostelle und zur besseren Vernetzung der lokalen Aktivitäten durch Schulen, Jugendeinrichtungen, freie Träger

und Initiativen aufgebaut werden sollen.

5. Die nötigen Sachmittel und Personalstellen sind durch die Verwaltung sicher zu stellen.

**Begründung:**

Extremismus ist eine Haltung oder Richtung des Denkens, die Unbedingtheit und Ausschließlichkeit in den – v. a. politischen Zielsetzungen mit der Infragestellung des Rechtsstaatsprinzips und des gesellschaftlichen Pluralismus verbindet sowie Gewalt als Mittel der Politik nicht ausschließt.

Eine Form des Extremismus ist der Rechtsradikalismus. In der Sitzung des Rates vom 15.05.2007 wurde die Einrichtung einer Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus beschlossen. Diese Einrichtung ist gut und richtig.

Neben den Rechtsextremisten gibt es auch den immer problematischer werdenden und bislang unterschätzten Linksradikalismus. Linksradikalen streben die Überwindung der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland an. Sie verfolgen stattdessen Utopien einer eigentumslosen Ordnung bzw. herrschaftsfreien Zusammenlebens. Sie bedrohen folglich unsere Freiheitliche Demokratische Grundordnung genauso wie die Rechtsextremisten.

Jedoch ist die Aufklärung über diese Form des Extremismus längst nicht so verbreitet. Kaum einer kennt unsere Gesellschaft bedrohende Gruppierungen wie „Die Gruppierung Linksruck“, „Die Rote Hilfe“ oder „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“. Darum bitten wir eindringlich, auch einer Informations- und Bildungsstelle gegen Linksextremismus zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Ralph Sterck  
Fraktionsvorsitzender

gez.

Ulrich Breite  
Fraktionsgeschäftsführer